

Kurzfassung

# **Herausforderung Zukunft**

**Hier geht's  
nach Morgen!**

Junges reformorientiertes Impulspapier zum  
Zukunftskongress von Bündnis 90 / Die Grünen

Im Internet:  
[www.Herausforderung-Zukunft.de](http://www.Herausforderung-Zukunft.de)



# Herausforderung Zukunft

Die Autorinnen und Autoren, die Unterstützerinnen und Unterstützer dieses Papiers möchten die Gedanken junger reformorientierter Grüner in die Debatte der programmatischen Weiterbildung der Grünen einfließen lassen. Wir wollen Herausforderungen und Missstände klar und deutlich benennen, Denkanstöße geben und unsere Ideen und Konzepte zur Diskussion stellen, um so die begonnene Neuorientierung der Grünen voranzutreiben. Unser Papier richtet sich an die Grüne Partei insgesamt, wengleich auch für Nordrhein-Westfalen spezifische Thematiken angesprochen werden.

## Für einen neuen Aufbruch

Wir Grüne richten den Blick nach vorne. Nach sieben Jahren Regierungsverantwortung im Bund und zehn Jahren in NRW gibt es in der Partei ein großes Maß an Diskussionsbereitschaft über die strategische Ausrichtung der Grünen für die nächsten Jahre. Pessimismus oder Verzagtheit mit Blick auf die anstehenden Aufgaben liegen uns fern - die Uhr für grüne Politik ist nicht abgelaufen, im Gegenteil: Fast in allen Parteien werden umweltpolitische Themen diskutiert und medienwirksam transportiert. Die riesige Diskrepanz von warmen Worten und konkretem politischem Handeln liegt dabei aber auf der Hand. Für ein Ausruhen auf unseren Lorbeeren besteht dennoch kein Anlass - die Grünen müssen weiter den Weg nach vorne aufzeigen. Wir wollen uns nicht dauerhaft in der Rolle der Oppositionspartei einrichten, sondern werden diese Zeit nutzen um aktiv an der Erweiterung unserer politischen Handlungsmöglichkeiten zu arbeiten. Es geht darum, das Profil der Grünen als Erneuerer und als Partei zukunftsorientierter Reformen wieder deutlicher zu schärfen.

Wir Grüne machen uns nichts vor: Wir leben in stürmischen Zeiten, weil der Markt global geworden ist, ohne dass er von einem entsprechenden globalen Ordnungsrahmen zivilisiert wird. Die Entwicklung eines besseren globalen Ordnungsrahmens ist daher eine der zentralen politischen Herausforderungen unserer Zeit.

## Europa aus der Krise führen

Der Fortgang der europäischen Integration hängt heute viel mehr an scheinbar trockenen, verfahrensrechtlichen Fragen als an der Formulierung einer wohlklingenden Verfassungspräambel oder einer Verschlinkung des gescheiterten Verfassungsvertrags. Demokratische Mehrheitsentscheidungen sind die Voraussetzung für alle weiteren Fortschritte. Erst wenn wir für Mehrheitsentscheidungen gesorgt haben, können wir erneut daran gehen, unser Wunschkpaket für eine bessere Gestaltung der europäischen Integration und der Globalisierung nach Innen und Außen zu schnüren, von der Einführung von Mindeststeuersätzen und einer einheitlichen Bemessungsgrundlage für Unternehmenssteuern bis zur Einführung von Kerosinsteuern zu Gunsten einer Ausweitung der Entwicklungshilfe.

## Für einen aktiven, dauerhaft gestaltungs-fähigen Staat

Wir Grüne sehen die Herausforderungen der nächsten Jahrzehnte klar vor uns. In vielen Bereichen wird es darauf ankommen, mehr in die Zukunft zu investieren. Wir müssen mehr, allem voran mehr in Bildung, Forschung und Entwicklung investieren, mehr in die Förderung von Kindern und Familien, mehr in den Anschub zukunftsweisender technologischer Innovationen, mehr in die Anpassung der Infrastrukturen an den demographischen und ökologischen Wandel, und mehr in die Aktivierung und Förderung der Menschen. Um unsere Ziele erreichen zu können, setzen wir auf Marktprozesse, eine lebendige Bürgergesellschaft und einen aktiven, dauerhaft gestaltungs-fähigen Staat. Dieser Staat muss sich von einem „Rundum-Sorglos-Staat“ ebenso wie von einem ne-

oliberalen „Magerstaat“ unterscheiden.

Eine sinkende Staatsquote dadurch zu erkaufen, dass die Infrastruktur leidet, Schulen verrotten und die Universitäten schlechter ausgestattet werden macht keinen Sinn und ist nicht nachhaltig. Die skandinavischen Länder zeigen: Wenn wir das Abgabensystem intelligent umstrukturieren und klug zu nutzen verstehen, können wir die notwendigen Einnahmen für die richtigen Ausgaben bereitstellen.

Dafür brauchen wir ein Abgabensystem, das weniger über Arbeit und mehr über Steuern finanziert wird. Wir brauchen eine duale Einkommenssteuer, die wie in Norwegen zwischen Kapitaleinkommen und Arbeitseinkommen differenziert. Zudem müssen wir Subventionen abbauen und die Effizienz staatlicher Institutionen steigern.

Den Pfad einer immer weiter ansteigenden Staatsverschuldung müssen wir hingegen verlassen. Denn schon heute schränkt der hohe Zinsendienst den Handlungsspielraum der Politik stark ein. Eine Reihe von Bundesländern werden auf absehbare Zeit keine verfassungskonformen Haushalte mehr vorlegen können, und viele Kommunen dürfen schon heute aufgrund ihrer Überschuldung ihre Haushalte nicht mehr selbständig beschließen. Würden wir uns immer weiter verschulden, gefährdeten wir die dauerhafte Gestaltungsfähigkeit des Staates, und damit auch die Möglichkeit einer zukünftigen Umverteilung von Reich nach Arm. Durch die stetige Aufnahme immer neuer Schulden legen wir heute schon fest, dass ein Teil der künftigen Steuereinnahmen an die tendenziell wohlhabenden Besitzer von Staatsanleihen gezahlt werden muss, und nicht für die wahren Bedürftigen ausgegeben werden kann. Die Schuldenaufnahme heute wird damit erkaufte, dass morgen weniger soziale Gerechtigkeit stattfinden kann. Sie verstößt also gegen das Prinzip der Generationengerechtigkeit. Die CDU/FDP-Landesregierung in NRW geht die im Wahlkampf vollmundig versprochene Haushaltssanierung halbherzig und perspektivlos an. Statt mit einer umfassenden Aufgabenkritik (Zweck- und Vollzugskritik) staatliche Zuwendungen in den verschiedenen Bereichen auf den Prüfstand zu stellen, werden lediglich unliebsame „rot-grüne“ Projektmittel eingespart und an anderer Stelle (Landwirtschaftskammern) wird sogar draufgesattelt.

## **Für eine selbstbewusste und moderne Umweltpolitik**

Die Republik ist durch die Regierungsbeteiligung grüner geworden und in vielen Bereichen Vorreiter. Das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) ist gemeinsam mit dem Atomausstieg ein historischer Meilenstein. Die jüngsten Vorfälle in Schweden haben erneut die Risiken der Kernkraft deutlich gemacht, welche in Deutschland noch immer von CDU, FDP und der Atomkraft-Lobby verharmlost werden. Wichtigster Schritt der nächsten Jahre zur Bekämpfung des real existierenden Klimawandels ist die Reduzierung von Energieverbrauch. Die Entwicklung moderner, energieeffizienter Produkte ist eine Schlüsselstrategie für die Bekämpfung des Klimawandels und die Zukunftsfähigkeit des deutschen Exportes. Dies ist das Leitbild einer neuen industriellen Revolution: ökoeffektive und ökoeffiziente Produkte und Produktionsprozesse, sowie ein nachhaltiges Energiesystem. Wer morgen Weltmarktführer sein will, muss heute in die Entwicklung ökoeffektiver und ökoeffizienter Technologien und Produkte investieren. Wir Grüne werden alles tun, um derartige Entwicklungen in Gang zu setzen, zu unterstützen oder zu beschleunigen. Arbeitsplätze durch grüne Umweltpolitik sind nicht nur Folge unserer Umweltpolitik, sondern sie zeigen auch den notwendigen Strukturwandel auf. Künftig müssen sich neue Produkte am energieeffizientesten Produkt messen lassen. Der Energiebedarf von Produkten wird am Weltmarkt zunehmend zur zentralen Erfolgsfrage werden.

Umweltpolitik ist längst nicht mehr gekennzeichnet durch klassische Schutzvorschriften und Paragraphen. Moderne Umweltpolitik ist gestaltende Politik durch kluge Instrumente. Bürokratie war und ist kein Merkmal grüner Umweltpolitik. Hingegen ist beispielsweise die Einführung der so genannten „Abweichungsgesetzgebung“ durch die große Koalition ein bürokratisches Monstrum: 17 gesetzliche Regelungen bundesweit sind eine Katastrophe - neben der Bundesregelung kann jedes Land seine eigene Melodie spielen. Das ist kein harmonisches Konzert für die Umwelt und auch nicht für

# 4

Wirtschaft.

Die Zeit für Umweltpolitik ist nicht vorbei, sondern so aktuell wie nie zuvor. Die Grünen müssen radikaler Anwalt für die Umwelt sein, unterscheidbar von den anderen Parteien. Dieses Eintreten für die Umwelt verlangt zwar Sorge, aber keinen Pessimismus. Neue Umweltpolitik ist eine Politik mit Chancen zur Gestaltung. Umweltpolitik ist keine Beserwerwisserpolitik mit Zeigefinger, sondern muss vermittelt werden als Politik zur Erhaltung und Schaffung von Lebensqualität in Gegenwart und für die Zukunft.

## **Für eine grüne Bildungsrevolution**

Bildung ist die soziale Frage des 21. Jahrhunderts. Die realen Chancen auf Teilhabe in allen Lebensbereichen hängen untrennbar mit dem Zugang zu Bildung zusammen. Eine große Bildungsreform ist die Zukunftsaufgabe Nr. 1. Kein Bildungssystem ist aber so selektiv, undurchlässig und ungerecht wie das Deutsche. Dies ist einer der größten gesellschaftspolitischen Skandale unserer Zeit. Nur ein kindzentrierter Ansatz kann helfen, Kinder aus derartigen Armutsfallen herauszuholen. Unser Bildungssystem muss dringend leistungsfähiger, präventiver und gerechter werden. Wir wollen nicht weniger als eine Bildungsrevolution! Wir können es uns auch aus volkswirtschaftlichen und demografischen Gründen nicht leisten, auch nur ein Kind zu verlieren. Notwendig sind eine intensivere frühkindliche Bildung, individuelles Fördern in Kindertagesstätten und Schulen, längeres gemeinsames Lernen und eine progressive Schulstruktur. Dafür brauchen wir massive Investitionen in Kinderbetreuung, Bildung, Wissenschaft und Forschung.

## **Früh übt sich – für einen guten Start für alle Kinder**

Die vorschulische Bildung wollen wir kontinuierlich ausbauen. Daher fordern wir einen Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung ab dem vollendeten ersten Lebensjahr. Damit schaffen wir qualifizierte Angebote für unter Dreijährige, verbessern die Vereinbarkeit von Familien und Beruf für junge Eltern und steigern die Frauenerwerbstätigkeit. Den Rechtsanspruch wollen wir über die Umwandlung des Ehegattensplittings in ein Individualsplitting finanzieren. Daneben brauchen wir soziale Frühwarnsysteme, verstärkte Gesundheitsförderung und obligatorische Früherkennung, mehr Prävention, Vorsorge und Förderung, um Entwicklungsdefizite zu überwinden und Kinderarmut wirksam zu bekämpfen.

## **Schule radikal umbauen**

Das Schulsystem muss individuelle Förderung ermöglichen. Die Stärken und Begabungen der einzelnen Kinder, ihr Entwicklungstempo und ihr familiärer und sozialer Hintergrund müssen stärker berücksichtigt werden. Wir setzen uns daher für einen massiven Ausbau der Ganztagsangebote ein. Das mehrgliedrige deutsche Schulsystem und die frühe Sortierung in eine Schulform ist nicht mehr zeitgemäß, sondern zementiert ungleiche Bildungschancen. Unser Schulsystem vergeudet durch Schulabbruch, massenhaftes Sitzenbleiben und den Schulwechsel auf eine tiefer rangige Schulform zurzeit systematisch Potenziale. Wir setzen uns für Gemeinschaftsschulen nach skandinavischem Vorbild ein, in denen länger gemeinsam gelernt und individueller gefördert wird.

Die schwarz-gelbe Landesregierung entfacht keine Bildungsrevolution, sondern setzt auf bräsigen Revisionismus: Sie ignoriert mit ihrem Schulgesetz die Bildungsexpertise der vergangenen Jahre. Sie verstärkt Selektion statt Lernmotivation. Sie steuert zurück ins Biedermeier-Zeitalter. Wir hingegen können mehr Leistung und Motivation durch Fördern statt Aussortieren erreichen!

Schulen, Lehrer und Schüler brauchen mehr Freiräume und weniger bürokratische Gängelung. Wir treten daher ein für selbstständige Schulen. Den Schulen soll dabei selbst überlassen bleiben, auf welchem Weg sie vorgegebene Bildungsziele erreichen wollen. Dazu gehört auch, dass autonome Schulen über ihre Ergebnisse Rechenschaft ablegen,

## **Herausforderung Zukunft**

durch Schulinspektoren und eine modernisierte Schulaufsicht als Beratungsagentur überprüfen lassen. Wir wollen, dass Schulen in Zukunft selbst über ihren Personaleinsatz, über die Unterrichtsgestaltung und über die Verwendung ihrer Finanzmittel entscheiden können. Schulgesetze, Erlasse und Richtlinien sind auf das Notwendigste zu reduzieren, damit Schulen ihre neuen Freiheiten voll entfalten können.

## **Hochschule neu denken: Bildungsexpansion statt Magersucht**

In den Hochschulen hat sich die Vererbung von Bildungschancen extrem zementiert. Kinder aus bildungsfernen Schichten haben wesentlich geringere Chancen auf Hochschulzugang und -abschluss als Kinder von Akademikern. Wir müssen daher unser Hochschulsystem für grundlegende Veränderungen öffnen, um gerechte Chancen auf Teilhabe zu verwirklichen.

Unter der Voraussetzung ausreichender Studienplatzkapazitäten würden die Absolvierendenzahlen bis 2019 um bis zu 53 Prozent ansteigen. Zahlreiche Bundesländer reduzieren aber ihre Studienplatzkapazitäten und streichen bei den Angeboten – eine fatale und falsche Weichenstellung. Der „Zukunftspakt“ der schwarz-gelben Landesregierung ist ein Pakt mit der Vergangenheit und wird den Aufbau von Kapazitäten am wichtigsten Hochschulstandort in Deutschland verhindern. Im Hochschulpakt müssen aber zwischen Bund und Ländern verbindliche Lösungen zum Kapazitätsausbau verabredet werden. Pinkwart und Rüttgers setzen die Weichen in eine falsche Richtung: neoliberale Schrumpfung an den NRW-Hochschulen statt neue Bildungsexpansion, neue Gängelungen von Universitäten und Fachhochschulen durch das „Hochschulfreiheitsgesetz“. Im jetzigen Hochschulsystem sorgen Studiengebühren für neue soziale Spaltungen. Solange es in Deutschland de facto kein Stipendiensystem gibt und Studienkredite zu hohen Verschuldungsrisiken führen, sind Studiengebühren für uns nicht hinnehmbar. Wir halten am gebührenfreien Erststudium fest. Wir brauchen dringend den Aufbau von Stipendiensystemen, da derzeit nur knapp 2% aller Studierenden ein Stipendium erhalten. Das staatlich finanzierte Bafög muss weiterentwickelt und zu einer elternunabhängigen Studienfinanzierung werden. Als nächsten Schritt brauchen wir dringend ein grünes Bildungsfinanzierungskonzept, welches die Lebenshaltungskosten von Studierenden berücksichtigt.

## **Für neue Wege in die Teilhabegesellschaft - für eine soziale Grundsicherung**

Die Globalisierung hat Unsicherheiten und Spannungen verstärkt. Sie führt tendenziell zu einer Vergrößerung der Kluft zwischen oben und unten, arm und reich. Jeder soll an den sozialen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Rechten und Errungenschaften teilhaben können. Deshalb brauchen wir eine soziale Grundsicherung, auf die sich die Menschen auch in stürmischer Zeit verlassen können. Grüne Politikkonzepte müssen auf Freiheit, Emanzipation und Teilhabe setzen, um eine breite Unterstützung für durchgreifende Strukturreformen zu gewinnen. Spaltungen in Modernisierungsgewinner und -Verlierer müssen durch gezielte Förderung und Unterstützung der vom Abstieg Bedrohten vermieden werden. Ein grünes Gesamtkonzept gegen soziale Exklusion und für solidarische Modernisierung, muss mehr Gerechtigkeit innerhalb der Gesellschaft organisieren und bedeutet Parteinahme für die Schwachen.

Eine solche Grundsicherung gewährt Rechte und begründet zugleich damit korrespondierende Pflichten. Sie setzt auf Kooperation und Ermutigung statt Konfrontation und Bezeichnung. Sie räumt der Vorsorge Vorrang vor der Nachsorge ein. Gegenwärtig sind wir von einer solchen Grundsicherung noch weit entfernt. Zwar wird den Menschen nach der Einführung der Hartz-Gesetze mehr abgefordert, aber im Gegenzug nicht genügend Chancen eröffnet. Weil es zu wenige Jobs gibt, wirkt das Postulat der Aktivierung hohl und zynisch. Einige haben die im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit die Flinte ins Korn geworfen und ein Konzept entwickelt, das Arbeitslosigkeit als unvermeidbar hinnimmt, die Arbeitsverwaltung abschafft und jedem ein bedingungsloses Grundeinkommen gewährt, mit dem Mensch über die Runden kommen soll. Doch mit diesem vermeintlichen Allheilmittel wäre in Wahrheit niemandem geholfen; mehr noch, wir kämen vom Regen in die Traufe: Ein bedingungsloses Grundeinkommen würde die Klüfte unserer

# 6

Gesellschaft nicht mindern, sondern eine Spaltung der Gesellschaft zementieren. Statt die Menschen zu aktivieren und einzubinden, die Arbeitsverwaltung zu verbessern und ihnen eine schnellere und passgenauere Hilfe zu Teil werden zu lassen, würden sämtliche Handreichungen, Eingliederungshilfen und Weiterbildungsaktivitäten eingestellt und der Wiedereinstieg in die Erwerbsarbeit für viele zu einer Unmöglichkeit.

Die Kosten für den zunehmenden Bedarf an Dienstleistungen im Gesundheits- und Pflegebereich würden in die Höhe getrieben, denn ein bedingungsloses Grundeinkommen wirkte nicht – wie bisweilen behauptet wird – wie ein Kombilohn für alle, sondern wie ein hoher, gesetzlich festgelegter Mindestlohn. Für einfache Arbeiten und Dienstleistungen müsste daher nicht weniger, sondern mehr Geld als heute bezahlt werden. Den ungeheuren Finanzbedarf eines bedingungslosen Grundeinkommens für alle sicherzustellen, ist schlicht illusorisch. Selbst bei einer äußerst bescheidenen Bemessung des Grundeinkommens, das kaum über das soziokulturelle Existenzminimums hinausreichen würde, würden 600 Milliarden Euro gebunden werden, bei einer großzügigeren Ausgestaltung mehr als 1.000 Milliarden.

## Gezielte Aktivierung: Für mehr Jobs

Um unser Versprechen des Forderns und Förderns einzulösen und Arbeitslosigkeit massiv abzubauen, wollen wir die Beschäftigungspotentiale des Dienstleistungssektors, des ökologischen Wirtschaftens und des gemeinnützigen Sektors voll erschließen. Insbesondere im Bereich der einfachen Dienstleistungen könnten schnell und unbürokratisch mehr Jobs geschaffen werden. Aus international vergleichenden Studien wissen wir, dass hier gegenwärtig noch ein Beschäftigungsfeld mit großem Potential brachliegt. Grund dafür ist die schädliche Wirkung der hohen deutschen Sozialversicherungsbeiträge auf einfach ersetzbare, preispfindliche Dienstleistungen. Die Schlüsselaufgabe besteht also darin, die Lohnnebenkosten für geringe Einkommen gezielt und spürbar abzusenken.

Deshalb schlagen wir vor, analog zur Einkommens- und Lohnsteuer ein Progressivmodell oder einen großzügigen Freibetrag einzuführen, der die unteren Lohngruppen und die Einkommen aus Teilzeitarbeit gezielt von Sozialversicherungsbeiträgen entlastet. Die Finanzierung wollen wir weder durch weitere Leistungskürzungen noch durch Mehrwertsteuererhöhungen sicherstellen. Wir schlagen stattdessen vor, mittlere und höhere Arbeitseinkommen auf der Grundlage einer dualen Einkommenssteuer höher zu belasten. Denn im Gegensatz zu den Beziehenden geringen Einkommen sind die Beziehenden höherer Einkommen in der Lage, ihren Konsum durch Verminderung der Sparquote aufrecht zu erhalten und gefährden dadurch die Binnennachfrage nicht. Außerdem wollen wir zusätzliche Spielräume durch eine ökologische Finanzreform hinzugewinnen, beispielsweise durch die Anhebung der Steuern auf dem Wärmemarkt oder den Abbau von Subventionen von Kohle und Atom.

**Es gibt viel zu tun – packen wir es an,  
werden wir uns der Chancen der Gestaltung bewusst!**

**Layout & Satz / Internetseite & Hosting:**

Typo3 **4GREENS** - [www.Gruenes-CMS.net](http://www.Gruenes-CMS.net), ein Service der  
beCRE8TIVEstudios GbR - [www.Kreatives-Inter.net](http://www.Kreatives-Inter.net)

## Die Autoren:

[Autoren@Herausforderung-Zukunft.de](mailto:Autoren@Herausforderung-Zukunft.de)



**Kai Gehring**

*KV Essen*

Mitglied des Deutschen  
Bundestages

[Kai@Herausforderung-Zukunft.de](mailto:Kai@Herausforderung-Zukunft.de)



**Arndt Klocke**

*KV Köln*

Landesvorsitzender  
Die Grünen NRW

[Arndt@Herausforderung-Zukunft.de](mailto:Arndt@Herausforderung-Zukunft.de)



**Marcel Raschke**

*KV Bielefeld*

Sprecher BV  
Ostwestfalen-Lippe

[Marcel@Herausforderung-Zukunft.de](mailto:Marcel@Herausforderung-Zukunft.de)



**Martin-Sebastian Abel**

*KV Düsseldorf*

Pol. Geschäftsführer  
Grüne Jugend NRW

[Martin@Herausforderung-Zukunft.de](mailto:Martin@Herausforderung-Zukunft.de)



**Carsten Steinert**

*KV Düsseldorf*

Sprecher der LAG Wirt-  
schaft & Finanzen NRW

[Carsten@Herausforderung-Zukunft.de](mailto:Carsten@Herausforderung-Zukunft.de)

## Die Unterstützer:

**\*Dagmar Hanses**

Kreisvorsitzende Grüne KV Soest

**\*Benjamin Müller**

Sprecher Junge Grüne Düsseldorf

**\*Can Erdal**

Kreisvorstand Grüne KV Düsseldorf